

Inhalt

Einleitung:

Wir sind nicht alle 7

1. Kapitel: Triumph der Wenigen

Warum man im Globalen Süden ein anderes
Geschichtsverständnis hat als im Westen 29

2. Kapitel: Freie Partnerwahl

Wie sich kleine und große Staaten im Globalen Süden
Alternativen zum Westen zunutze machen 83

3. Kapitel: Falsche Lösungen

Warum man im Globalen Süden den Westen für viele
Krisen verantwortlich macht 135

4. Kapitel: Regeln statt Bestimmer

Wie internationale Organisationen auf den Wandel
der Weltpolitik reagieren 175

Schlusskapitel: Wir sind nicht alle ...

und das ist auch gut so 211

Dank 227

Anmerkungen 229

Karten 245

Einleitung:

Wir sind nicht alle

März 2022 in Namibia: Auf eine Hotelterrasse mit Blick über das beschauliche Windhoek scheint die Sonne. Und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine wirkt sehr weit weg. Dabei wurde hier die Krisenpolitik des Westens gerade scharf kritisiert. Bei Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der namibischen Regierungspartei und der Zivilgesellschaft sollte es eigentlich nur am Rande um die Bedrohung der internationalen Ordnung durch ein imperialistisches Russland gehen. An diesem Vormittag knapp 10 000 Kilometer von Berlin entfernt waren die Gemeinsamkeiten aber kleiner als erhofft. Kurz zuvor hatte sich Namibia in einer Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Krieg in der Ukraine enthalten – entgegen den auch in Windhoek sehr explizit vorgebrachten Wünschen westlicher diplomatischer Vertretungen. Diese hatten unter den namibischen Gesprächspartnerinnen und -partnern für Irritation gesorgt. Für sie lag auf der Hand, dass sie wichtigere Probleme hatten als den Krieg zwischen zwei Staaten im fernen Europa. Sorgen machten ihnen vor allem die Folgen der Russland-Sanktionen für Afrika. Zumal die Sowjetunion historisch an der Seite der damaligen Befreiungsbewegung und heutigen Regierungspartei SWAPO gestanden habe. Man wolle die guten Kontakte zu Russland, aber auch zu China, nicht gefährden. Der für Namibia so wichtige Tourismus lag infolge der Corona-Pandemie und europäischer Flugeinschränkungen noch immer am Boden. Dafür, dass man mit exzellenter Forschung die Omikron-

Variante im Nachbarland Südafrika gefunden habe, sei man bestraft worden. Es gebe immer noch zu wenig Impfstoffe in Namibia, und die Patente für die Herstellung lägen bei Pharmaunternehmen im Westen. All das zeige doch, wie wenig Solidarität Europa während der Corona-Pandemie für Afrika übrighatte. Warum in aller Welt erwarte der Westen also jetzt namibische Solidarität gegenüber Russland? Das Gespräch wurde zunehmend unangenehm. Also wechselte man das Thema. Nun ging es um den eigentlichen Anlass, das umstrittene Versöhnungsabkommen zwischen der deutschen Bundesregierung und Namibia. In dem Abkommen erkennt Deutschland die Ermordung von zehntausenden Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie des Deutschen Reiches als Genozid an. Dringender denn je seien damit verbundene Zahlungen, so die Teilnehmenden aus Namibia. Eigentlich wenig überraschend: Die Übernahme der Verantwortung für den von deutschen Imperialisten verübten Genozid stand höher auf der namibischen Agenda als die Verurteilung des russischen Imperialismus.

Zurück in Berlin wenige Wochen später ein ähnliches Bild: Ein Tischgespräch zwischen deutschen Gastgebern und einer Delegation aus dem südlichen Afrika wird laut. Ein hochrangiger afrikanischer Diplomat haut sogar auf den Tisch. Als einer der Autoren dieses Buches während der Vorspeise den russischen Angriffskrieg anspricht, antworten die Delegationsteilnehmenden aus dem südlichen Afrika mit dem Verweis auf die Nahrungsmittelinflation in Afrika infolge des Krieges und die dadurch verschärften Schuldenkrisen afrikanischer Staaten. Sie sprechen von der ebenso völkerrechtswidrigen Invasion des Iraks 2003. Und erneut kommen die Themen Impfstoff-Protektionismus und Flugeinschränkungen nach Entdeckung der Omikron-Variante in Südafrika auf. Der Botschafter eines afrikanischen Landes bezeichnet die deutschen Erwartungen mit Blick auf das Abstim-

mungsverhalten afrikanischer Staaten in den Vereinten Nationen als «arrogant». Dass der Westen Krisen von der globalen Finanzkrise bis zur Klimakrise erst auslöst und dann den Globalen Süden mit den Folgen allein lässt, war für die afrikanischen Gäste offensichtlich. Die westliche Doppelmoral einer selektiven Anwendung des Völkerrechts war für sie nicht erst seit dem Angriffskrieg gegen den Irak eine Gewissheit. Und Belehrungen des Westens in Bezug auf Demokratie klingen im südlichen Afrika angesichts der vom Rechtspopulismus bedrängten Staatswesen in Europa und den USA ebenfalls immer hohler. Entsprechend distanziert reagierte man, als die deutschen Gastgeber am Tisch vehement auf die Ursache der aktuellen Krise – einen imperialistischen Krieg durch Russland – verwiesen. Das Tischgespräch wurde immer hitziger, auch wenn man unter Freunden sprach. Eine vorsichtige Einigung gab es erst zum Dessert. Bei allen Differenzen hätten doch Europa und Afrika ein gemeinsames Interesse an einem fairen Multilateralismus, der globale Krisen lösen kann, indem er alle miteinbezieht. Aber wer sind eigentlich alle? Denn um nichts weniger ging es ja bei diesen Gesprächen. Wessen Sicht auf die Welt zählte mehr, die des Westens oder die der Länder des Globalen Südens?

Wer oder was ist der Globale Süden?

Natürlich ist die schematische Trennung zwischen Westen und Globalem Süden eine brutale Verallgemeinerung.¹ Sie ist widersprüchlich und übersieht die Zwischentöne. Oft lassen sich Staaten gar nicht so genau zuordnen. Das gilt auch für den Westen, dessen Eingrenzung uns leichter fällt als die des Globalen Südens. Ist das NATO-Mitglied Türkei noch Teil des Westens oder des Globalen Südens? Brasiliens rechtspopulistischer Präsident Jair Bolsonaro, der 2022 abgewählt wurde, hat mehr gemein mit

dem ebenfalls abgewählten Donald Trump als mit dem südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa. Andersherum waren Trumps Sympathien für Autokraten des Globalen Südens ebenso wenig zu übersehen wie seine Abneigung gegenüber westlichen Politikerinnen wie der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Kein Wunder, dass seine Präsidentschaft von einem medialen Abgesang auf den Westen begleitet worden ist. Und was ist mit den reichen Pazifikstaaten Australien und Neuseeland? Beide liegen geografisch im Süden, haben aber politisch mehr mit Kanada gemeinsam als mit Papua Neu-Guinea oder den Philippinen. Die Staaten Zentralasiens wiederum liegen nicht auf der Südhalbkugel, werden aber auch nicht als Teil des Westens wahrgenommen. Japan und Südkorea werden dem Westen schon eher zugerechnet, wenn auch noch nicht so lange. Auch Deutschland hat sich übrigens lange mit der Selbstverortung als «westlich» schwergetan. Die Westbindung erfolgte erst nach 1949 und war noch lange danach umstritten.

Edward Said, einer der Begründer der Theorie des Postkolonialismus, beschrieb den Westen als die Gruppe von Ländern, für die die Abgrenzung zum «Orient» identitätsstiftend sei. Indem sich der Westen vom Osten absetze, werte er die eigene Identität auf. Im Zentrum des Westens steht für Said der Imperialismus. Ersetzen die Begriffe «Westen» und «Globaler Süden» daher womöglich die lange überkommen geglaubte Dichotomie von «Abendland» und «Morgenland», die Said wortmächtig kritisierte?² Wir verstehen den Westen in diesem Buch so wie ihn viele im Globalen Süden sehen: als die Gruppe industrialisierter Staaten, die ihren Reichtum maßgeblich durch Sklavenhandel, Kolonialismus, Imperialismus und die Ausbeutung fossiler Rohstoffe vorfinanziert haben. Versklavte Afrikanerinnen und Afrikaner produzierten die Baumwolle, die in Europas Fabriken verarbeitet wurde. Das befeuerte die Industrialisierung und den

Imperialismus, was wiederum die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas erforderte, deren Nutzung die Klimakrise hervorgerufen hat. So gewann der Westen die geopolitische und wirtschaftliche Dominanz der vergangenen drei Jahrhunderte. Das «Wir» im Titel dieses Buch meint also alle, für die diese Dominanz lange selbstverständlich war und vielleicht immer noch ist. Immer wenn in diesem Buch von «wir» zu lesen ist, geht es um alle – uns Autoren eingeschlossen –, die von den vom Westen angeeigneten historischen und aktuellen Privilegien profitiert haben. Und für die eine multipolare Welt eine neue und oft unbequeme Erfahrung ist. Der Westen, wie er in diesem Buch verstanden wird, vereint also vor allem die reichen Industriestaaten des globalen Nordens.

Für den Globalen Süden hingegen gibt es (noch) keine allgemein akzeptierte Definition. Ob der Begriff hilfreich ist, ist umstritten. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der Globale Süden viel diverser ist als die westlichen Industriestaaten, die sich beispielsweise in der G7 versammeln. Die Unterschiede zwischen Ländern wie Indien und dem Senegal sind größer als ihre Gemeinsamkeiten. Aber beide waren (auch) als Vertretung des Globalen Südens zum G7 Gipfel 2022 in Elmau eingeladen. Eine Definition des Globalen Südens wird also immer Widerspruch ernten. Wir benutzen den Begriff dennoch, weil er auf wichtige Bruchlinien im Verständnis internationaler Politik hinweist und weil er in Ländern des Globalen Südens selbst und mit emanzipatorischem Anspruch verwendet wird, von Regierungsvertreterinnen und -vertretern genauso wie in der Zivilgesellschaft und Politikwissenschaft.

Sicher ist, dass der Globale Süden mehr ist als Geografie. Seine Begriffsgeschichte hat mit der Gründung der Bewegung Blockfreier Staaten in Bandung 1955 zu tun. In Dokumenten der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

taucht der Begriff bereits 1968 auf. Darin kritisieren Delegierte aus Lateinamerika die Ungleichheit zwischen der «nördlichen und südlichen Hemisphäre» und betonen den Beitrag des Südens zum Reichtum des Nordens.³ 1977 wird die Nord-Süd-Kommission unter der Leitung von Willy Brandt gegründet. Personen aus Politik und Wissenschaft im Westen und im Globalen Süden machen Reformvorschläge für die Weltwirtschaft. Und in den letzten zwei Jahrzehnten beziehen sich immer mehr Autorinnen und Autoren in Wissenschaft und Medien auf den Globalen Süden.⁴

Zum Beispiel versteht der Politikwissenschaftler Adekeye Adebajo den Globalen Süden als historische Einheit, die alle Länder umfasst, die gemeinsam für die Dekolonialisierung vor allem in Afrika und Asien kämpften.⁵ Aber auch in Lateinamerika wird der Begriff des Globalen Südens verwendet, um geteilte Herausforderungen zu betonen. Die bewusste Abkehr von Bezeichnungen wie «Dritte Welt» oder «Entwicklungsländer» markiert, dass man nicht mehr als «zu entwickelnde» Länder verstanden werden will. Stattdessen sehen sich die Staaten und Gesellschaften im Globalen Süden zurecht als gleichberechtigte Partner mit Gestaltungsanspruch. Um einer Definition des Globalen Südens näher zu kommen, kann man also alle Länder Asiens, Afrikas, des Mittleren Ostens und Lateinamerikas dazuzählen, die sich selbst nicht als Teil des Westens verstehen und historische Marginalisierungserfahrungen durch den Westen teilen. Auch ein immer mächtiger werdendes China gehört daher eigentlich dazu. Schließlich bezieht sich die chinesische Propaganda innen- und außenpolitisch habituell auf vergangene Erniedrigungen durch den Westen. Andererseits hat China dank seiner Wirtschaftskraft und politischen Durchsetzungsstärke eine Ausnahmeposition inne. Nicht zum Globalen Süden gehören aber Russland, andere Staaten Osteuropas, Neuseeland und Australien. Ebenso wenig dazu gehören die ostasiatischen Industriestaaten mit einem mit

Europa vergleichbaren oder höheren Wohlstandsniveau wie Südkorea und Japan. Letzteres ist selbst eine ehemalige Kolonialmacht.

Viele Länder des Globalen Südens teilen eine historische und zunehmende Skepsis gegenüber den Empfehlungen des Westens. Eine vom Westen dominierte Welt wird nicht als Verheißung, sondern als tendenziell ungerecht angesehen. Das soll nicht heißen, dass der Westen einem geeinten Block gegenüberstünde. Der Begriff des Globalen Südens hilft aber zu erkennen, dass der Westen mit einer Mehrheit von Staaten konfrontiert ist, die nicht mehr bereit sind, die in Washington, Paris und London erdachten Prinzipien und Rezepte der internationalen Politik mitzutragen. Wirtschaftlich, politisch, ökologisch und kulturell. Die Mehrzahl dieser Staaten war selbst lange Kolonie. Oder sie waren – wie Äthiopien und Thailand – umgeben von Kolonien, die ihren Handlungsspielraum einschränkten. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Spanien, Russland, Japan und alle anderen Kolonialmächte sind in diesen Staaten keine Unbekannten.

Ein besseres Verständnis der Gemeinsamkeiten des Globalen Südens ist notwendig, kann aber das Wissen über ihre Unterschiede nicht ersetzen. Länder des Globalen Südens verbindet beispielsweise keinesfalls, dass in ihren Gesellschaften der Westen und die von ihm zumindest rhetorisch hochgehaltenen politischen Werte wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte grundsätzlich abgelehnt werden. Indien spielte eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948. Knapp 70 Prozent aller Menschen in Afrika halten Demokratie laut Umfragen des afrikanischen Afrobarometer-Netzwerks für die beste Regierungsform. Die Agenda 2063 der Afrikanischen Union, in der fast alle afrikanischen Regierungen vertreten sind, beschreibt «eine universelle

Kultur der guten Regierungsführung, der demokratischen Werte, der Gleichstellung der Geschlechter und der Achtung der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und der Rechtsstaatlichkeit» als Ziel. Suspendiert aus der Afrikanischen Union werden daher Länder, in denen Militärputsche stattfinden, wie zuletzt Mali, Burkina Faso und Guinea. Demokratie und Menschenrechte sind prominente Ziele der Zivilgesellschaften in Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Afrika.

Gleichzeitig werden politische Rechte in der Mehrheit der Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union auch ohne Militärregierungen weiterhin stark eingeschränkt. In Indien bedroht der rechtspopulistische Premierminister Narendra Modi die Demokratie. Indische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berichten mit Schrecken von Selbstzensur, der Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und offenen Drohungen gegen unliebsame Intellektuelle. China perfektioniert die politische Kontrolle der eigenen Bevölkerung mittels digitaler Überwachung. Weder im Iran oder Syrien noch in Venezuela oder Kuba ist eine politische Öffnung erkennbar. Der Globale Süden ist also voll von Widersprüchen. Darum muss besser differenziert werden. Zwischen einzelnen Ländern des Globalen Südens, zwischen Regierungsinteressen und ihren Gesellschaften; zwischen Akteuren, die von einer engen Beziehung mit dem Westen profitieren, und denen, die das nicht tun. Das heißt auch, dass eine Welt, in der Regierungen von Ländern des Globalen Südens mehr Gewicht haben, nicht automatisch eine gerechtere sein wird. Mehr internationale Mitsprache für die amtierenden Regierungen Ugandas oder Malaysias würde wahrscheinlich zu einer faireren globalen Handels- oder Klimapolitik führen. Angesichts drakonischer Anti-LGBTQI-Gesetzgebungen in diesen Ländern wäre sie aber auch ein bedrohliches Signal für sexuelle Minderheiten weltweit. Es ist also kompliziert.

Eines steht aber fest: Die Bedeutung sogenannter Süd-Süd Beziehungen hat für Länder des Globalen Südens in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen. Politisch, wirtschaftlich und kulturell wird die langwährende (und häufig überschätzte) westliche Dominanz herausgefordert. Die Staaten des Globalen Südens sind nicht in erster Linie ideologisch «blockfrei» aufgrund eines gemeinsamen Forderungskatalogs oder sogar einer gemeinsamen Identität, auch wenn das weiterhin bei einigen der Fall sein mag. Sie sind heute vor allem pragmatisch blockfrei, weil durch Blockfreiheit außenpolitische Optionen zunehmen. Optionen schaffen Autonomie, reduzieren Abhängigkeiten und erhöhen Resilienz.⁶ Genau diese fehlende Resilienz fällt uns in Deutschland angesichts unserer bisherigen Abhängigkeit von russischer Energie, chinesischem Exportmarkt und US-amerikanischen Sicherheitsgarantien seit dem Februar 2022 auf die Füße.

Warum 2022 keine Zeitenwende im Globalen Süden ist

Mit einem weniger eurozentrischen Blick wird deutlich, dass für den Globalen Süden die Welt seit dem Februar 2022 nicht «aus den Fugen» geraten ist, wie es eine Floskel der deutschen Außenpolitik gerne behauptet. Dabei fällt es den allermeisten Staaten in Lateinamerika, Afrika, dem Mittleren Osten und Asien nicht schwer anzuerkennen, dass es sich bei der russischen Invasion um einen Völkerrechtsbruch handelt. Zum ersten Jahrestag des russischen Angriffs am 23. Februar 2023 stimmten nicht weniger als 141 Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen dafür, dass Russland seine Truppen umgehend und vollumfänglich aus der Ukraine zurückziehen müsse. Im Jahr zuvor hatte der kenianische UN-Botschafter Martin Kimani in einer viel beachteten Rede vor der Generalversammlung die Haltung

vieler ehemals kolonisierter Staaten mit Blick auf die russische Invasion auf den Punkt gebracht:

«Hätten wir bei der Unabhängigkeit entschieden, Staaten auf der Grundlage ethnischer, rassischer oder religiöser Homogenität zu gründen, würden wir viele Jahrzehnte später immer noch blutige Kriege führen. (...) Wir glauben, dass alle Staaten, die aus zusammengebrochenen und zurückgewichenen Imperien entstehen, viele Völker in sich tragen, die sich nach Integration mit Völkern in Nachbarstaaten sehnen. Das ist normal und verständlich. Denn wer will nicht mit seinen Brüdern vereint werden und mit ihnen gemeinsame Ziele verwirklichen? Doch Kenia lehnt es ab, eine solche Sehnsucht mit Gewalt zu verfolgen. Wir müssen unsere Heilung von der Asche toter Imperien in einer Weise abschließen, die uns nicht in neue Formen von Herrschaft und Unterdrückung zurückwirft.»⁷

Kenia stimmte in den Vereinten Nationen für die Resolution zur Verurteilung des russischen Angriffskriegs, wie viele andere Länder des Globalen Südens. Dennoch, bevölkerungsreiche und geopolitisch besonders relevante Staaten wie China, Indien oder Südafrika enthielten sich. Die Hälfte der 35 Enthaltungen kam aus afrikanischen Staaten. Viele davon sind langjährige Partner der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Weder Kenia noch sonst ein afrikanischer Staat hat bislang Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, wie es die USA und Europa getan haben. Auch beteiligen sich nur die Hälfte der G20 Staaten an den Sanktionen. Insgesamt leben zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern, die sich entweder neutral oder Russlandfreundlich zum Krieg in der Ukraine geäußert haben.⁸ Auch in Asien unterstützt jenseits von Südkorea, Japan, Neuseeland, Australien und Singapur niemand die Sanktionen. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Mittleren Osten und in Lateinamerika. Selbst enge